

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1916

125 (6.5.1916) Erstes Blatt

Karlsruher Tagblatt

Mit amtlichem Verkündigungsblatt. — Badische Morgenzeitung.

Anzeigen:
die einpaltige Kolonialzeile
oder deren Raum 20 Pfennig.
Reklamezeile 50 Pfennig.
Rabatt nach Tarif.
Anzeigenannahme:
größere spätestens bis 12 Uhr
mittags, kleinere spätestens
bis 4 Uhr nachmittags.
Fernsprechanzeige:
Expedition Nr. 203.
Redaktion Nr. 894.

113. Jahrg. Nr. 125.

Samstag, den 6. Mai 1916

Erstes Blatt.

Redaktion: Gustav Kerner; verantwortlich für Politik M. Holzinger; für Baden, Pöales und Handel: Sch. Gerhardt; für Beuilleton: S. Weid; für Sport und Vermischtes: S. Weid; Sch. Gerhardt; für Interieur: Paul Kuhnmann. Druck und Verlag: G. F. Müller'sche Buchhandlung m. b. H., sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion: Dr. Kurt Heinrich, Friedenau, Büchelstraße 65/66. Tel.-Amt Umland 2902. — Für unverlangte Manuskripte oder Druckfaden übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Die Rechtsfähigkeit der Gewerkschaften.

Der Aus Berlin wird uns geschrieben:
Nach langem unverständlichen Zögern hat der Bundesrat sich endlich veranlaßt gesehen, die Zulassung einzulassen, die er bereits im Januar dem Reichstag gemacht hat, daß eine Änderung in der Stellung der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine erfolgen soll. Der Reichstag hatte vor einem Jahre dem Kaiser einen Antrag zur Berücksichtigung überwiegen, die beruflichen Vereine nicht mehr als „politische“ im Sinne des Vereinsgesetzes zu betrachten. Darüber hinaus nahm der Reichstag im August vorigen Jahres einen von der Kommission vorgelegten Entwurf an, in dem ferner das Verbot des Gebrauchs einer fremden Sprache in Versammlungen aufgehoben und der Ausschluß der Jugendlichen unter 18 Jahren ebenfalls gestrichen werden sollte. Die Vorlage, die dem Reichstag jetzt zugegangen ist, beschränkt sich auf das Einfache, die Befreiung der Ausnahmebestimmung der Berufsvereine. Wer die Tätigkeit der Gewerkschaften im Kriege verfolgt hat, wie sie diese Teile ihres Vermögens zur Unterstützung der Kriegerfrauen und zur Linderung der Armut gewidmet haben, der wird aus dieser patriotischen Haltung die selbstverständliche Folgerung ziehen, daß man zukünftig nicht den Gewerkschaften im Wege der Verwaltungstechnik in ihrer Organisationsarbeit Anknüpfel zwischen die Beine werfen darf.

Es darf, darauf wird in der Begründung besonders hingewiesen, von Hause aus eine solche Beschränkung der Berufsvereine von den Gesetzgebern nicht beabsichtigt worden, erst die Rechtsprechung und die Verwaltungspraxis hat die Gewerkschaften wiederholt den politischen Vereinen angeschlossen und den für diese geltenden Einschränkungen unterworfen mit der Begründung, daß die Gewerkschaften sich bei der Förderung der Interessen ihrer Mitglieder genötigt haben, sozialpolitische und wirtschaftliche Fragen zu behandeln. Von der Polizei ist, vornehmlich in Preußen, diese von den Gerichten gegebene Sachbeurteilung genug zu Schanden, namentlich die Sozialdemokraten gegenüber, benutzt worden, was Wunder, daß sie sich nach einer größeren Bewegungsfreiheit sehnten? Freilich nicht die Sozialdemokraten allein, auch das Zentrum hat starke Gewerkschaften hinter sich, und andere bürgerliche Parteien sind ebenfalls an der Frage sehr lebhaft interessiert. Trotzdem hat die Regierung sich bisher absehnend verhalten und erst der Krieg hat den notwendigen Wandel herbeigeführt, der in jetzt — und das ist dadurch berechtigt — nicht nur den Arbeitnehmern, sondern auch den Arbeitgebern zugute kommt, deren Organisation durch die Bewegungsfreiheit wesentlich gefördert werden dürfte.

Freilich, das steht heute schon fest, daß die Linke des Reichstags mit dem juristisch stark verklärten Zustand der Regierung nicht zufrieden sein wird. Sie hat mehr erhofft, vornehmlich soweit die Jugendlichen und die Organisation der Landarbeiter in Frage kommen. Der Bundesrat hat sich auf alle weitergehenden Forderungen nicht eingelassen, offenbar aus dem Empfinden heraus, daß es jetzt mitten im Kriege nicht an der Zeit sei, innerpolitische Streitfragen anzuknüpfen, die einen scharfen Kampf zwischen allen Parteien herbei beschwören müßten. Gerade die Organisation der Landarbeiter ist ja den Arbeitnehmern von jeher ein Dorn im Auge gewesen, weil sie davon wohl nicht mit Unrecht ein Stückchen der Löhne befürchteten. Allerdings können sie mit einem gewissen Schein von Recht für sich geltend machen, daß das Streikrecht der ländlichen Arbeiter nicht wie bei den industriellen Arbeitern lediglich eine wirtschaftliche Gefahr für einzelne Interessentenklassen bedeutet, daß vielmehr ein Streik während der Ernte in der Tat zu einer nationalen Gefahr werden kann, weil dadurch Werte verloren gehen, die für das Volkswohl und die Volkswirtschaft nicht zu ersetzen sind. Man denke beispielsweise nur daran, daß wir kurz vor Ausbruch des Krieges einen Streik der Getreidearbeiter gehabt hätten, und daß dadurch große Teile des Getreides verdorben wären, wie hätte wir dann durch den ersten Kriegswinter hindurchkommen sollen?

Das sind Bedenken, die sich nicht von der Hand weisen lassen, und die, ähnlich wie ja auch bei den Eisenbahnbeamten, die Ausschaltung des Streikrechts bedingen, zum mindesten eine reichliche Ermäßigung des Zins und Wider erforderlich machen. Davon kann im Kriege nicht die Rede sein, und die Regierung tat daher recht daran, wenn sie an die Ausschaltung dieses schwierigen Problems dachte. Um so unverständlicher freilich müßte es an, daß der deutsche Landwirtschaftsrat trotz

dem, offenbar bevor er überhaupt noch den Gesetzesentwurf kannte, wie ihn die Regierung vorgelegt wollte, in seiner Sitzung vom 1. Mai zur Attade blies. Er beschloß eine Erklärung, wonach

Die Antwort-Note an Amerika.

Der Aus Berlin wird uns gedruckt:
Die mit Spannung aber Ruhe erwartete Antwortnote an Amerika ist erschienen. Sie wendet sich an den Präsidenten Wilson, dessen einseitige Haltung zugunsten Englands leider in Deutschland den Eindruck erwecken mußte, daß der Präsident mit Willen auf einen Bruch mit Deutschland hinarbeitet und sie wendet sich an das große amerikanische Volk, das, wenn es seinen Präsidenten in der schwebenden Streitfrage unterstützen zu müssen glaubt, dies zweifellos vielfach in einer besonderen Auffassung von den Pflichten gegen Menschlichkeit und Zivilisation tat. Durch die deutsche Note kann nun das amerikanische Volk erfahren, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk den Geboten der Menschlichkeit keine geringere Bedeutung beimessen will, als es selbst. Deutschland gibt offen zu, daß bei der U-Bootkriegsführung Irrtümer vorkommen, wie z. B. im „Sussex“-Falle, die aber bei jeder Kriegsführung unvermeidlich sind, und daß die Neutralen durch die neue Waffe in Mitleidenschaft gezogen werden. Aber einmal hat Deutschland wiederholt der amerikanischen Regierung Vorschläge gemacht, um die Gefahren des Seekrieges für amerikanische Reisende und Güter wesentlich zu vermindern, worauf die amerikanische Regierung nicht eingegangen ist. Damit aber wird nach dieser Note nachdrücklich für die Weltgeschichte die unumstößliche Tatsache bekannt, daß Deutschland die wirksame Waffe des U-Boots in bitterster Notwehr gegen die rechtswidrige Kriegsführung Englands ergriffen hat.

Das amerikanische Volk muß heute das stolze aber auch verantwortungsvolle Bewußtsein haben, daß seine Regierung den fürchterlichen Krieg im Sinne der Menschlichkeit und des Völkerrechts beschränken kann. Deutschland kommt mit schweren Herzen noch einmal den amerikanischen Wünschen und Interessen entgegen, weil es eben eine Verlängerung und Ausschöpfung des fürchterlichen Krieges im Interesse aller der gesamten Zivilisation verhindern möchte. Es tut es mit schwerem Herzen, weil die amerikanische Regierung bisher nichts getan hat, um in wirksamer Weise auf England wegen dessen völkerrechtswidriger Kampfmethoden einzuwirken und weil wir den ungeheuren Umfang der amerikanischen Munitionslieferungen an unsere Feinde kennen. Die deutsche Regierung hat aber noch immer die Hoffnung, daß das amerikanische Volk die ungerechte Einseitigkeit der bisherigen offiziellen amerikanischen Politik einsehen und jetzt wesentlich wirksamere Schritte bei der englischen Regierung zur Wiederherstellung der Freiheit der Meere unternehmen werde. In dieser Erwartung hat die deutsche Regierung sich entschlossen, den U-Bootkrieg gegen Kaufschiffe und Passagierdampfer künftig im Rahmen des herkömmlichen Kreuzerrieges führen zu lassen, wonach Kaufschiffe nicht ohne Warnung und Rettung der Menschleben versenkt werden dürfen, es sei denn, daß sie zu fliehen oder selbst anzugreifen versuchen.

Zweimal hat Deutschland im Bewußtsein seiner Kraft seine Friedensbereitschaft erkennen lassen, und so zeigt es auch jetzt, was ihm möglich ist, zu tun, um eine Erweiterung des Krieges durch einen Bruch mit Amerika zu vermeiden. Wir wollen für solch neues Menschheits-Unglück nicht die Verantwortung vor der Geschichte tragen. Wir unterschätzen freilich auch nicht die Bedeutung, die das Eingreifen Amerikas für uns in wirtschaftlicher, politischer und auch militärischer Hinsicht haben würde. Die Welt der übrigen Neutralen würde der neuen Tatsache gegenüber zweifellos auch nicht gleichgültig bleiben, andererseits haben wir aus der französischen Presse erfahren können, mit welchem ängstlichem Eifer man dort die amerikanische Hilfe gerade in dem jetzigen Zeitpunkt ersehnt, wo die eigene Kraft der Erschöpfung schon sehr nahe ist. Diesen ungeheuren Dienst, den Wilson dem Vervand leisten soll, ihm zu erleichtern, dazu haben wir keine Veranlassung. Das deutsche Volk wird trotz seiner berechtigten Entrüstung über die Einseitigkeit der Wilsonschen Politik die Berechnung unserer Antwort erkennen und seine unbegrenzte Entschlossenheit mit einer klugen Einsicht in gegenwärtige und zukünftige Erfolge zu vereinen wissen. Mit besonderer Befriedigung wird man in dieser Note den energischen Ton empfinden, der die schmerzlichen Annahmen des amerikanischen Präsidenten entschieden zurückweist. An dem amerikanischen Volk ist es nun, zu entscheiden, ob es den guten Willen der deutschen Regierung anerkennt. Deutschland hat sein äußerstes Entgegenkommen bewiesen.

Der „Berl. Volksanz.“ sagt: Wir hoffen, daß die deutsche Antwortnote wenn nicht den Präsidenten der Vereinigten Staaten, so doch das amerikanische Volk und seine parlamentarische

Vertretung befriedigen wird. Trügt uns diese Hoffnung nicht, so wird unsere Antwortnote in London, Paris und Petersburg als ein diplomatischer Sieg betrachtet werden, wird sie zu schanden, so hat sie jedenfalls die wahren Beweggründe der Politik des Herrn Wilson enthüllt.

Das „Berliner Tagblatt“ sagt: Wir pflichten der deutschen Regierung bei, wenn sie erklärt, daß ein Krieg zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten nicht zu verantworten wäre, und wir müssen uns mit der Hoffnung begnügen, daß es mit den gewählten Mitteln möglich sein wird, das vorgezeichnete Ziel zu erreichen. Die „Tägliche Rundschau“ schreibt: Damit ist der Handelskrieg durch unsere U-Boote gegen England so gut wie aufgegeben oder bis zur Unwirksamkeit beschränkt. Wir haben in unserem Daseinskampf schwere Opfer gebracht und erwarten nun von Amerika die Entfesselung seines Sprengens allen Kriegführenden gegenüber, die verleiht Freiheit der Meere wieder herzustellen. An amerikanischen Völkern liegt es nun, vor aller Welt zu zeigen, ob es ihm mit dem Schutz der neutralen Rechte erwillt ist oder ob es parteiisch für England den Willen hat, uns zu lähmen und unseren Sieg zu vereiteln. Das Verhalten des amerikanischen Volkes nach dieser Antwort wird die maßgebende Kritik der Note sein.

f. Köln, 5. Mai. Die „Köln. Ztg.“ schreibt: Das Amerika gemachte Zugeständnis bedeutet zweifellos für uns eine Erleichterung der Kriegsführung, dessen Größe angesichts der gewaltigen Überlegenheit unserer Gegner an Nachmitteln zur See auch in Amerika anerkannt und gewürdigt werden muß. Die Erwartung Deutschlands, daß Amerika durchgehen werde, die Ausbungerungsblockade zu beenden, ist für Wilson der Praxisten, daß es ihm ernst ist mit seinen Versicherungen, dem amerikanischen Volke den Frieden zu erhalten und für das Urteil der Weltgeschichte die Entscheidung zu sein, wie Wilson diese Prüfung besteht. — Die „Köln. Volksztg.“ meint: Die deutsche Note hat es vermieden, die höchst schroffe amerikanische Note ebenfalls scharf zu beantworten. Sie unternimmt den letzten Versuch, durch gegenseitige Zugeständnisse die Streitfragen aus der Welt zu schaffen. Alles komme nunmehr auf die Haltung Wilsons an. Dem Bruch mit Amerika, den die Wilsonsche Note offenbar herbeiführen wollte, ist mit den Zugeständnissen Deutschlands nunmehr ausgewichen.

Berlin, 5. Mai. Die Darlegungen des Reichstanzlers in der Budgetkommission des Reichstages über unsere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und die deutsche Antwortnote haben bei den Parteien weitgehendes Verständnis und Zustimmung gefunden. Die Besprechung wird nachmittags fortgesetzt werden.
(Den Wortlaut der Note siehe Seite 5.)

Englands Schiffsnot.

(Eigener Drahtbericht.)
London, 5. Mai. Im Oberhaus sprach Lord Bessford über die Schiffsnot und sagte: England hatte bei Kriegsbeginn über 11 000 Schiffe von über 400 Tonnern. Die Admiralität nahm 2000 bis 3000 in Anspruch, für den Handel blieben etwa 8853 übrig. Die Verluste des Krieges seien nicht 4% Prozent, sondern 14 Prozent des für den Handel verfügbaren Schiffsraumes. Der Schiffsbau werde verzögert, da sich die schottischen Werke weigerten, für den Schiffsbau den Stahl zu den vom Munitionsmünister festgesetzten Preisen zu liefern.

Lord Curzon erwiderte: 43 Prozent der Handelsflotte wurden von der Regierung für militärische und andere staatliche Zwecke requiriert, 14% werden zur Anfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen benötigt und 43 Prozent bleiben den britischen Reedern unter Staatskontrolle. 500 Schiffe werden zur Verfügung Frankreichs, Italiens und Rußlands gestellt. Der hauptsächlichste Verlust an Schiffen durch den Krieg wurde durch die Beschlagnahme und die Erbeutung feindlicher Schiffe fast ganz ausgeglichen. Die britische Handelsflotte habe jetzt fast genau so viele Schiffe, wie vor dem Krieg. Lord Salisbury bezweifelte diese Angabe. (W.B.)

Kopenhagen, 4. Mai. „National Tidende“ meldet: Letzter Tage aus England hier eingetroffene Kohlendampfer mußten sich zu Rückfragen verpflichten. Nach Mitteilung des davon betroffenen Reeders fordert England keine bestimmten Ladungen, sondern gestattet, aus Schweden und Norwegen Kiesel, Holz, Erz, Stängeln usw. mitzunehmen. Außerdem werde über eine Erleichterung der sehr dringlichen Bedingungen mit England verhandelt. (W.B.)

politischer Art ihm unausbleiblich erschienen.“ Um eine so grobe Sprache zu rechtfertigen, müßten doch eigentlich andere Gründe vorliegen, als der wirklich sehr zahme Regierungsentwurf. Man gewinnt fast den Eindruck, als wenn der deutsche Landwirtschaftsrat erst künstlich eine Tür zugemacht hat, um sie nachher einrennen zu können. Was dieser Vorstoß zu bedeuten hat, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Jedenfalls ist er nicht geeignet, die Verhandlungen des Reichstags in ruhige Bahnen zu leiten, und wird vielleicht gerade durch die provozierende Form, in der er gehalten ist, Schärpen in die Debatte hineintragen, die sich sonst hätten vermeiden lassen.

Rußland, Schweden und Rumänien.

I. Berlin, 5. Mai.
(Eigener Drahtbericht.)

Es ist kein Zufall, daß die russischen Befestigungen auf den Mandsinseln gerade jetzt in Schweden in ihrer ganzen Bedrohlichkeit erkannt werden. An dieser Stelle wurde vor kurzem darauf hingewiesen, daß die Einstellung des Baues der russischen Murman-Eisenbahn, die Petersburg mit einem eisernen Hafen am nördlichen Eismeer verbinden sollte, dem schwedischen Volke die drohende Gefahr, die in der Befestigung der Mandsinseln durch Rußland liegt, enthüllen werde. Der Bau der Murmanbahn war von Rußland und England dazu benutzt worden, um den Schweden zu beweisen, daß Rußland keine feindlichen Absichten gegen Schweden hege, da ja dieser mit ungeheuren Kosten in Angriff genommene Bahnbau darauf hingiele, Rußland einen eigenen eisernen Hafen auf seinem eigenen Gebiet unter Vermeidung schwedischen Gebietes zu eröffnen. Nun ist der Bau der Murmanbahn vor kurzem eingestellt worden, und Rußland widmet sich mit um so größerem Eifer dem Ausbau der Befestigungen auf den Mandsinseln. Da jetzt auch die Schifffahrt auf der Ostsee wieder in Gang gekommen ist, wird dem schwedischen Volke klar, daß diese Befestigungen einen etwaigen Angriff der russischen Flotte auf Stockholm und die Bottnische Bucht sehr erleichtern würde.

Die Entente hat bisher Schweden dadurch zu beruhigen versucht, daß sie erklärte, die Befestigungen auf den Mandsinseln dienten ausschließlich der Verteidigung gegen Deutschland. In Wirklichkeit sollen diese Befestigungen nur einen Druck auf Schweden ausüben, um es zur Duldung des englisch-russischen Durchgangsverkehrs über das Bottnische Meer zu veranlassen. Bietet doch diese Straße die einzige Möglichkeit, Rußland mit für die Kriegsführung unentbehrlichen Gegenständen zu versehen. Ein Teil des schwedischen Volkes hatte sich mit dieser Erklärung der Befestigungen auf den Mandsinseln abgefunden, zumal England immer wieder erklärte, daß es eine Verletzung des Pariser Abkommens von 1853 und des russisch-schwedischen Ostseevertrages von 1908, wonach Mandsinseln niemals eine russische Seebefestigung werden dürfe, nicht dulden werde. Der Ausbau der Befestigungen hat aber die Mandsinseln tatsächlich zu einer russischen Seebefestigung gemacht, außerdem muß darauf hingewiesen werden, daß das Abkommen über die Mandsinseln nur ein Versprechen Rußlands an die Großmächte darstellt, auf den Mandsinseln keine dauernden Befestigungen anzulegen. Wenn also die anderen Ententemächte den Standpunkt vertreten, daß die jetzigen russischen Befestigungen keine dauernden darstellen, so kann sich Rußland über den Ostseevertrag ruhig hinwegsetzen. England begünstigt den Ausbau dieser Befestigungen, weil es darin ein Mittel sieht, um Schweden zur Duldung des neutralitätswidrigen englisch-russischen Durchgangsverkehrs und zur Verhinderung des schwedisch-deutschen Handelsverkehrs zu zwingen.

Im Zusammenhang damit wird darauf hingewiesen, daß die Haltung Rußlands gegen Rumänien immer drohender wird. So wird besonders auf den Ausbau der strategischen Verkehrswege in Bessarabien, und zwar sowohl der Eisenbahnen, wie auch der Kanäle durch die Rüssen hingewiesen. Die Befestigungen der rumänischen Schifffahrt im Schwarzen Meer und auf der Donau haben sich weiter zugespitzt, ebenso sind die russischen Truppen an der rumän. Grenze neuerdings weiter verstärkt worden. Rumänien bleibt demgegenüber kühl, immerhin ist es bemerkenswert, daß der rumänische Generalstab in den letzten Tagen die Verpflegungsbereitschaft der Armee durch umfangreiche Requisitionen erhöht hat. Auf die scharfen Angriffe der russischen und englischen Regierungspresse über das deutsch-rumänische Handelsabkommen hat die rumänische Regierung nur eine einzige Antwort erteilt: den Abschluß eines Wirtschaftsabkommens mit Bulgarien.

Die heutige Nummer unseres Blattes umfaßt 12 Seiten.

Deutsches Reich.

Aus dem Bundesrat.

Berlin, 5. Mai. Im Bundesrat gelangten zur Annahme: Eine Aenderung der Grundstücke für die Besetzung von Beamtenstellen mit Militäranwärtern, der Entwurf einer Bekanntmachung über Ausführung des § 8 des Verordnungsregels über Anstellung und der Entwurf einer Bekanntmachung über das Verbot des Maßhandels.

Reichs-Umsatzsteuer.

Die im Steuerantrag des Reichstages an Stelle des Nutungsstempels vorgeschlagene Reichs-Umsatzsteuer bezieht sich besonders in den süddeutschen Handels-, Gewerbe- und Industriezweigen der Abhebung. Die Handelskammer Mannheim hält eine allgemeine Umsatzsteuer für unannehmbar, da sie eine Sonderbesteuerung für Handel und Industrie bedeuten, weitere Kreise, insbesondere die leistungsfähigen Verbraucher, wie Kapitalrentner, ganz frei lassen aber auch die Landwirtschaft verhältnismäßig wenig treffen würde. Die Handelskammer München erblickt in dem Vorschlag, im wesentlichen nur eine veraltete Reichsgewerbesteuer und sie hat an die bayerische Regierung die dringende Bitte gerichtet, allen Bestrebungen bezüglich der Einführung einer Umsatzsteuer schon im Interesse der Erhaltung der Selbständigkeit der bundesstaatlichen Finanzhoheit entgegenzutreten. Eine der größten Handelsvereinigungen Sachsens, die Handelskammer Chemnitz hingegen tritt für den allgemeinen Umsatzstempel von Warenlieferungen ein, u. a. auch deswegen, weil sich hieraus eine genaue Kenntnis der Warenmenge im einzelnen und damit eine sicherere Erfassung des ganzen Wirtschaftslebens ergeben würde.

Zum Kapitalabfindungsgezet.

Eine offiziell bediente Berliner Korrespondenz schreibt: An dem Entwurf über die Kapitalabfindung an Stelle von Kriegsverlorenen ist bemängelt worden, daß er keine Sicherheiten gegen einen spekulativen Erwerb einer Heimstätte zu Verlaufsziwecken bietet. Es wird vorgeschlagen, eine Rückzahlungspflicht für den Fall des Weiterverkaufs einzuführen. Die Vorlage sieht allerdings derartige Klauseln nicht vor, weil es nicht möglich erscheint, im Rahmen des Gesetzes jede Form der Verwendung einer Kapitalabfindung zu regeln. Es werden aber zu dem Gesetz nach seiner Verabschiedung zweifelslos Ausführungsbestimmungen erlassen werden, die mißbräuchliche Verwendung der Kapitalabfindung verhindern dürften. Das Gesetz selbst bestimmt auch ausdrücklich, daß eine Kapitalabfindung bewilligt werden kann, wenn für eine nützliche Verwendung des Geldes Gewähr besteht. Die amtlichen Stellen, die eine Entscheidung zu fällen haben, werden also in jedem Fall eine genaue Prüfung vornehmen, ob dem Antrage auf Kapitalabfindung ein Verwendungszweck zugrunde liegt, der das mit der Abfindung erzielte Ziel auch tatsächlich erreicht. Bei dieser Prüfung wird sich die Militärverwaltung ebenfalls der Mitwirkung jener amtlichen Stellen bedienen, die für die Prüfung solcher Anträge in erster Linie in Frage kommen. Es wird mithin auch beim Erwerb eines ländlichen Grundbesitzes in jedem Fall von maßgebender Stelle ein Gutachten darüber erstattet werden, ob der beabsichtigte Ankauf eines Grundbesitzes dem Verjüngten die für seine Zukunft bietet.

Förderung des Kleinwohnungsbaues.

Die Förderung des Kleinwohnungsbaues zwecks Schaffung besserer Wohngelegenheiten für unsere zurückkommenden Kriegsteilnehmer bildet den Gegenstand eingehender Verhandlungen der Reichs- und Bundesregierungen. Auch die Groß- und Industriestädte befassen sich ernsthaft mit der Frage und schon jetzt läßt sich übersehen, daß die gemeinsame Arbeit zu einer wesentlichen Ausgestaltung des Kleinwohnungsbaues führen wird. Sehr beachtenswert ist das Vorgehen der Stadt Reuß. Sie will 50 Einfamilienhäuser für kinderreiche Familien erbauen; jedes Haus soll

1000 Quadratmeter umfassen und die Grunderwerbs- und Baukosten sollen 6000 Mk. betragen. Den Mietern wird Kaufanwartschaft gewährt, so daß das Grundstück etwa nach 25 bis 30 Jahren erworben werden kann. Leistet der Mieter eine Anzahlung auf den Preis des Grundstückes, würde sich der Erwerb noch günstiger gestalten.

Einigung im Baugewerbe.

Berlin, 5. Mai. Die am 3. d. M. im Reichsamt des Innern wieder aufgenommenen Verhandlungen wegen der Tarife im Bau- und Gewerbe, haben zwischen den Verhandlungsausschüssen der beteiligten Berufsverbände eine Einigung erzielt. Dagegen, daß diese Ausschüsse ihren Verbänden empfehlen, daß der Reichsstatistiker vom 27. Mai 1913 bis zum 31. März 1917 fortlaufe und wenn der Krieg bis zum 31. März 1918 nicht gänzlich beendet ist, bis zum 31. März 1918 weiter. Ueber die Stellungnahme der Verbände bezüglich der zahlender Kriegszulagen soll dem Reichsamt des Innern bis zum 1. Juni d. J. berichtet werden. (W.B.)

Badische Politik.

Kriegsbeschädigte Offiziere für den badischen Staatsdienst.

Wie von zehnjähriger Seite mitgeteilt wird, soll in Baden künftig Offizieren, die wegen Verwundung oder mit dem Krieg zusammenhängender Krankheit ihren früheren Beruf nicht mehr ausüben können, in weitergehendem Maße als bisher Gelegenheit zur Verwendung im Staatsdienst gegeben werden. Nach den unter den Ministerien vereinbarten Grundzügen über die Verwendung kriegsbeschädigter Offiziere im badischen Staatsdienst werden außer den Stellen, die bisher schon den Offizieren und Militäranwärtern zugänglich waren, auch die Stellen für mittlere Beamte zur Verjüngung solcher Offiziere für geeignet erachtet. Offiziere, die auf eine solche Verwendung absehen, werden nach den bestehenden Vorschriften unter die Zahl der Anwärter aufgenommen und ausgebildet. Voraussetzung für die eintägige Anstellung und weiteres Vorrücken ist, daß sie nach Ableistung des Vorbereitungsdienstes die vorgeschriebenen Prüfungen mit Erfolg ablegen. Bei den Berufsoffizieren wird ohne weiteres eine für mittlere Beamte ausreichende Schulbildung vorausgesetzt, die Offiziere des Beurteilungsbereiches wird Prüfung in einzelnen Fächern vorbehalten. Hinsichtlich der Altersgrenze für den Eintritt in den Dienst und bezüglich der körperlichen Anforderungen soll Nachsicht geübt werden, soweit daraus keine Nachteile für den Dienst und den Bewerber zu erwarten sind. Unter sonst gleichen Verhältnissen haben solche Bewerber den Vorzug, welche die badische Staatsangehörigkeit durch Abtunung besitzen oder bei badischen Truppenteilen standen. Für den Vorbereitungsdienst und die Fachausbildung gelten in der Regel die darüber bestehenden allgemeinen Vorschriften. Ob und inwieweit Abweichungen davon zugelassen werden sollen und ob bei der eintägigen Anstellung und bei der Bemessung des Anfangsgehältes besondere Vorteile zugewendet werden können, bleibt im Einzelnen besonderer Prüfung vorbehalten. Die den kriegsbeschädigten Offizieren im badischen Staatsdienst zugänglichen Beamtenstellen sind in einem Verzeichnis zusammengefaßt worden, worin auch die Vorschriften über die Annahme und den Ausbildungsgang, ferner die Art der Tätigkeit, die Laufbahn und die Einkommensverhältnisse angegeben sind. Die Ministerien und die Mittelstellen sind auf Ersuchen zur Ausfertigung bereit.

Aus Baden.

Hofbericht.

Karlsruhe, 5. Mai. Seine königliche Hoheit der Großherzog begrüßte heute früh einen Truppentransport am Rangierbahnhof. Später nahm Seine königliche Hoheit die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb und des Ministers Dr. Rheinboldt entgegen.

Nachmittags besuchten Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin das Reservelazarett in Eisingen.

Personal-Veränderungen im Bereiche des 14. Armeekorps.

Ernennungen, Beförderungen und Versetzungen. Befördert: *Stodmeyer, Hauptm. im Inf.-Regiment Nr. 142, jetzt Adj. d. Gen.-Kmdos. d. 14. Inf.-Korps, vom 5. Mai 1916 ab a. Dienst. b. Ar.-Min. kommandiert. *Wirth, Hauptm. d. R. a. D. (Freiburg), zuletzt in der Landw.-Zuf. 1. Aufgebots (Stodach), jetzt im Armer.-Batt. 64. *Loew, Hauptm. d. R. a. D. (Stodach), zuletzt in d. Landw.-Zuf. 2. Aufgeb. (Stodach), jetzt im Inf.-Regiment Nr. 40. — d. Charakter als Major verliehen; zum Leutnant d. Res. den Vizefeldwebel *Schlerf (Mannheim), b. Kampfgeschwader V. D.S., d. Niegler-Dr.; zu Fähnrichen und gleichzeitig zu Leutnants vorläufig ohne Patent: *Rufschier, *Lamey, Unteroffiziere im Inf.-Regt. Nr. 40, unter Befehl bei diesem Regiment und Zuteilung d. Munition zum Inf.-Regt. Nr. 111, d. Lamey zum Gren.-Regt. Nr. 110; *Widert, Lt. d. Landw. a. D. (Reuß), zuletzt von d. Landw.-Zuf. 1. Aufgeb. (Karlsruhe), jetzt b. Armer.-Batt. Depot Mannheim, zum Oberlt.

Beamt. der Militärverwaltung.

Verleihen: *Großmann, Fest.-Gefängnis-Inspektor in Rastatt d. Charakter als Regn.-Mat.

Injere Heften.

Den Tod fürs Vaterland starben: Kunst. Franz *Jahn von Karlsruhe, Lt. d. R. Rudolf *Wittler und Reservist Georg *Schuppert von Heidelberg, Gef.-Regt. Karl *Frank von Danzberg, Bahner Alois *Gans von Ebenfeld bei Mosbach, Reservist Otto *Sini von Ueberlingen, die Seminare Karl *Hald, Inhaber des Eisernen Kreuzes, von Freiburg, Karl Pfaff, Inhaber des Eisernen Kreuzes, von Freiburg, Karl *Grez von Karlsruhe, Albert *Moll und Karl *Stein von Freiburg, Karl *Derzog von Staufen, Julius *Pfähler, Kaufmann in Mannheim, Gef.-Regt. b. Inf.-Regt. Nr. 215.

Das Eiserne Kreuz zweiter Klasse erhielten: Alfz. Friedrich *Ader von Karlsruhe, Alfz. Paul *Keller, Alfz. Strafanstaltsaufseher Hermann *Baumeister, beide von Bruchsal, Alfz. Robert *Haltmeier und Alfz. Kaufmann Heinrich *Gwalb von Pforzheim, Unterajalmir. Willy *Uhrig von Brühlheim bei Durlach, Alfz. Kesselmeier Karl *Singer von Schwetzingen, Lt. Prof. Otto *Nägele von Bruchsal.

(Die Angaben sind nach privaten Mitteilungen an die Redaktion entstanden.)

B. Springen, 5. Mai. Am Sonntag fand hier im „Aber“ eine Bezirksversammlung statt, zu der die Bauernvereinsvorstände aus den Bezirken Pforzheim, Durlach und Neuenbürg zahlreich erschienen waren. Man beriet den Futter-, Düngemittel- und Kohlenbezug. Hieran schloß sich eine größere Bauernvereinsversammlung an. Herr Dr. Wittung sprach über wirtschaftliche Tagesfragen und legte den Anwesenden dringend ans Herz, wenn irgend möglich die bisherigen Beziehungen zwischen Stadt und Land aufrecht zu erhalten. Unter anderem wies der Redner auf die Notwendigkeit der Organisation des Bauernvereins hin. Der Redner sprach auch über die Notwendigkeit des genossenschaftlichen Zusammenstufes. Wie durch die Organisation im großen auf allen Gebieten glänzende Erfolge erzielt werden konnten, so müsse auch im Kleinen im einzelnen Bauernverein heute schon eine leistungsfähige Organisation geschaffen werden. Es wurde einstimmig die Umwandlung des losen Vereins in eine Genossenschaft beschlossen unter dem Titel: „Ländliche Wirtschaftsgenossenschaft Springen und Umgebung“, der sich sämtliche anwesende Mitglieder anschlossen.

Manheim, 5. Mai. Der 21jährige Tagelöhner Johannes Schmitt aus Ludwigshafen wurde wegen mehrerer Kellereibrüche zu 5 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Manheim, 5. Mai. Ein 40jähriger Kaufmann machte seinem Leben durch Erschießen ein Ende. — Ein 15jähriges Dienstmädchen sprang

in selbstmörderischer Absicht wegen unglücklicher Familienverhältnisse in den Rhein, wurde aber von einem Soldaten gerettet. — In Fleiß vergiftung ist ein 10jähriges Mädchen gestorben. Bei einem seiner Brüder wurden ebenfalls Vergiftungserscheinungen festgestellt.

Miegel a. R., 5. Mai. Im Alter von 216 Jahren ist der katholische Geistliche Ferdinand Gieseler gestorben. Er war am 1. März geboren, hatte an der Universität Freiburg studiert und war 1867 zum Priester geweiht worden. Während der altkatholischen Bestrebungen trat der Verdienst mehrfach hervor; er wurde unter der Anleihe der Beschimpfung der katholischen Kirche vor das königliche Schwurgericht gestellt, das ihn freisprach. Später wirkte Pfarrer Gieseler lange Jahre in Oppenau, dann in Oberried und zuletzt in Miegel. Vom Großherzog war er mit dem Ritterkreuz erster Klasse des Sächlinger Löwenordens ausgezeichnet worden.

Freiburg, 5. Mai. Auf dem alten Güterhof stürzte ein Schürmann von einem Regen ab und brachte den rechten Arm unter die Räder, der ihm abgenommen werden mußte. — Die Kriegsausstellung ist um 8 Tage verlängert worden und wird erst am Mittwochs den 10. Mai, abends, geschlossen.

Mühlheim, 5. Mai. An den Folgen eines Herzschlags ist Oberkriegsgerichtsrat Selhagen hier plötzlich gestorben.

Billingen, 5. Mai. Hier hatte sich eine Schwärmerbewegung aufgetan, die Angehörige gegen die Kirche suchte. Das letztere war natürlich das wichtigste. Als einer mit 10000 M. herbeigeführt, er hatte er Anzüge und der „Direktor“ Friedrich Wille, Füllinger von Ransbach bei Oberried wurde verhaftet.

Konstanz, 5. Mai. Hier stellen die Schillerdenkmale der höheren Klassen der Friedrich-Wilhelm-Schule in den Handarbeitstunden sogenannte „Säuglingsbüchel“ her, enthaltend Blumen, Heubündel, Täschchen usw. für Neugeborene. Jedes der Mädchen, das ein solches Bündel fertig abgestrickt hat, darf ein neugeborenes Kind dem jungen Mädchen, das in den meisten Fällen nimmt das junge Mädchen das von ihm besetzte Kind aus weiterhin in Schutz und Schirm.

Markdorf (Bodensee), 5. Mai. In dem bei Friedrichshafen gelegenen Dörfchen Hirtlati gab der 62jährige Sohn eines Landwirts aus einer Zimmerflinte auf sein 5jähriges Schwesternkind einen Schuß ab, durch den das Kind auf der Stelle getötet wurde.

Eugen (Hohentwiel), 5. Mai. In einer kleinen Familie sind in der letzten Zeit 2 junge Mädchen rasch aufeinander gestorben. Der Verdacht besteht, die Mädchen könnten eines gewaltigen Todes gestorben sein, wurde die Ausgrabung der Leichen angeordnet.

De. vom Schwarzwald, 5. Mai. Außerordentlich günstiges Wachsener Wetter herrscht auf dem ganzen Schwarzwald. Wechtern hatten wir abends 7.30 U. noch 30 Grad Wärme, so daß auch in hohen Lagen die Natur sich entfalten kann. Die Baumblüte ist allgemein, in geschätzten, sonnigen Tälern zum Teil schon vorüber. Der Frühling hat sich dort bei allen Öknoten als recht gut bezeugt.

Der Brotgetreide veräußert, veräußert sich am Vaterlande! Wer Safer, Mengtorn, Mischfrucht, worin sich Safer befindet oder Getreide über das geschickte, anläufige Maß hinaus veräußert, veräußert sich am Vaterlande!

Aus Nachbarkländern.

Aus dem Elsaß, 5. Mai. Die aus Müllhausen berichtet wird, ist das Erscheinen der „Müllhauser Volkszeitung“ auf die Dauer von 14 Jahren unterzagt worden. — Nach einer neuerlichen Verfügung des Oberbefehlshabers ist für sämtliche Gemeinden, die in der neutralen Zone liegen, die bis jetzt auf 10 Uhr nachts festgesetzte Polizeistunde bis 11 Uhr verlängert und der öffentliche Verkehr auf der Straße schon von 4 Uhr früh ab, statt bisher 5 Uhr, freigegeben worden.

Französische Dorferinnerungen an Kaiser Wilhelm den Großen.

(Von unserem Kriegsberichterstatter.)

Großes Hauptquartier, 25. April 1916. In einem Dorfe zwischen Ardennen und Champagne, so hörte ich, hätten sich noch heute lebhaft Erinnerungen an einen Besuch Kaiser Wilhelm I. erhalten. Ich war neugierig, wie sich wohl im Gedächtnis der französischen Landbewohner das Andenken an die uns verehrungswürdige Gestalt des schlichten Heldenkönigs widerspiegeln mochte, zumal gerade in dieser Gegend vier Jahrzehnte lang die rühmliche Verheerung betrieben worden ist, um die deutschen Krieger von 1870 als eine Horde von Märdern und Mordbrennern darzustellen. Ich machte daher auf der Durchfahrt Halt und erkundigte mich bei der Ortskommandantur, welche Einwohner den ersten Kaiser des Deutschen Reiches noch gesehen oder gesprochen hätten. Es ergab sich eine ziemlich lange Liste, auch konnte ich fast alle Männer und Frauen, die in Betracht kamen, sprechen, da der Krieg sie zum Feiern und zum Beweisen innerhalb der Gemeindegrenzen zwang.

Um die erzählten Vorgänge in den richtigen Rahmen stellen zu können, beschloß ich zuerst das Gebäude, in welchem der Herrscher damals verweilt hatte. Es war eine schloßartige Ferme an der Straße nach ... , jetzt außen und innen ganz neu hergerichtet, gelblich und gestrichen, um Zwecke der Verwundetenfürsorge dienen zu können. Eine rote Kreuz- und eine schwarz-weiße Flagge flatterten über dem Dache. Das geräumige Vorbergemach hat noch die gebräunte Holzstühle aus alter Zeit behalten, nur daß im Mittelpunkte jetzt das Bildnis unseres Kaisers in Felduniform hängt. Wird auch dieses Bildnis wieder ein von diesen Wänden auf deutsche Krieger hinabbliden? Im übrigen ist in diesem

Raume und im ganzen Hause nichts mehr vorhanden, was mit Erinnerungen an den Königsbesuch von 1870 verknüpft sein könnte. Die ganze Ausstattung ist bei einem Bestwechsel vor einer Reihe von Jahren verändert worden. Der damalige Eigentümer, ein Marquis de W., der übrigens 1870 nicht am Orte weilte, ist lange tot, sein Nachfolger lebt auswärts. Eine fast hundertjährige Frau, die der Ferme unmittelbar gegenüberwohnt, hat früher am besten erzählen können. Ich suchte diese Dorfbäuerin auf. Sie ist so taub, daß es unmöglich ist, sich mit ihr zu unterhalten. Ihre Gedanken weilen in einer anderen Welt, und man merkt es der Gestalt an, daß sie nur den einen Wunsch hat, die fremden Besucher bald wieder aus ihrem Kämmerlein verschwinden zu sehen.

Aber viele jüngere Dorfbewohner, die freilich nun auch schon in dem Alter sind, daß sie ihre Enkel an der Front sehen haben, erzählen ihre Erinnerungen gern, namentlich die Frauen, die alle damit beginnen, daß der alte Kaiser ein so schöner, großer Mann gewesen sei. „Ein Riese“, bestätigten die Männer, „und Bismarck war auch ein Koloss.“ So kommt man allmählich in die Vorgänge.

Es war nach der Schlacht bei Sedan. Des genauen Kalendertatums entsinnt sich niemand mehr, nur ein Mann glaubt bestimmt zu wissen, daß es an einem Dienstag gewesen sei. Man hätte die Truppen des Kaisers Napoleon durch das Dorf ziehen sehen. Zugelangen waren alle Waffengattungen durchgenommen, Artillerie, Infanterie, Jäger. Dann hätte man furchtbaren fernem Kanonendonner vernommen, und irgendwo hätte sich die Nachricht verbreitet, daß bei der Stellung Sedan eine ganz große Schlacht im Gange sei. Hierauf war es plötzlich, ganz plötzlich still geworden. So auf einen Schlag und Schuß bricht keine Schlacht ab; hatten die alten Soldaten unter den Dorfbewohnern erklärt. Entweder hat sich im Maßtal der Wind gedreht oder

es ist etwas nicht in Ordnung. Man erwartete nichts Gutes. Da, gegen Abend, kam eine preussische Mannespatrouille durch das Dorf gepreselt. Sie hielt sich nicht auf, sondern ritt jäh weiter. Bald darauf kamen mehr Mann, die Heu und Stroh requirierten und Quartiere machten. Von ihnen erfuhr man, daß Kaiser Napoleon und sein Heer gefangen sei und daß die Deutschen jetzt gegen Paris zögen.

„Glaubte man den Mannen?“ „Niemand zweifelte an ihren Worten. Daß sie da waren, war Beweis genug. Vorher hätte es niemand für möglich gehalten, daß Deutsche in unser Dorf kommen würden. Man war damals noch folger auf die französische Macht als später. Beim Beginn dieses Krieges waren wir hier in Dürftigkeit weniger voll Vertrauen, und viele von uns lagten sofort, sagt auf, jetzt kommen die Deutschen bald wieder in unser Dorf!“

Niemand ging schlafen, denn die Mannen hatten gesagt, daß noch in der Nacht der deutsche Durchmarsch beginnen werde. Nach einigen Stunden erschien schon die erste Infanterie. Weiter ist wenig durcheinander, vielleicht hat sie einen anderen Weg genommen. Aber Fußvoll ohne Ende. Das hielt die ganze Nacht und den ganzen folgenden Vormittag an. Manchmal trafen einzelne Truppen im Dorfe oder auf den Weiden vor dem Eingange. Die weißen aber zogen ohne Aufenthalt vorwärts; alle waren verstaubt und erhitzt, aber sehr fröhlich. Sie sangen und riefen den Dorfbewohnern zu, es gehe jetzt gegen Paris. So wurde es Mittag, und der ungeheure deutsche Heerzug nahm noch immer kein Ende. Da kam einmal eine Stodung in die Truppenmassen, welche die Straßen des Dorfes erfüllten. Sie traten beiseite, und die Bewohner, die das Schauspiel des Durchzuges nun schon gewohnt waren, ließen an ihre Türen, um zu sehen, was es Neues gebe. Sie erfuhr von den Soldaten, der König von Preußen, der Sieger von Sedan, komme herangezogen. Begleitet von einer prächt-

voll uniformierten Leibgarde, so schloß die Dorfbewohner, sei eine schwarze, hügerige Antzöge vorübergefahren. Darin saß, als ein Kaiser General gelehrt, mit einem anderen General, den man nicht kannte, der König, ein General mit weißem Barre. Obwohl man sein Bildnis in vielen Zeitungen gesehen hatte, so läßt man ihn danach doch nicht wiedererkennen. Die deutschen Soldaten begrüßten ihn mit „Vive le Kaiser“, wobei Gebete, nahmen die Zweige, welche sie an den Helmen trugen, und warfen sie dem Herrscher zu. Ein Dorfbewohner behauptet, die Deutschen hätten damals schon „Kaiser“ gerufen, doch scheint das nicht festzuhalten. Der Monarch erwiderte die Grüße der Soldaten „mit viel Ehrenbeachtung“ und dankte auch den Einwohnern „sehr höflich“, die ihn achtungsvoll begrüßt hatten. Vor der Ferme am Ende des Dorfes hielt ein Wagen, dort erwarteten den König eine Anzahl hoher Offiziere, unter denen man den in den Journalen so oft abgebildeten Grafen Bismarck leicht erkannte. Abermals verfiel man, ein Dorfbewohner, daß Bismarck ein Koloss war, ein gewaltiger Mensch, vor dem man erschau, wenn man vor ihm stand. Aber wenn man ihn neben dem König stehen sah, dann bemerkte man, daß dieser ihn noch überragte. Der König war jedoch dabei ein so schöner, ebenmäßiger Mann, daß alle Frauen ihn bewunderten und über ihn sprachen. Bismarck trug den Bart „en brosse“, als würde der König den seinen „en conquérant“, als ob er über. Das wiederholen alle Frauen und Mädchen es für sehr wichtig. Eine erklärte: „Ich habe den König so deutlich vor Augen, wie ich heute vor mir stehen sehe.“ Dabei lagen alle anderen verächtlich, obwohl das nun doch schon so lange her ist.

Der König machte mit dem Grafen Bismarck und einem General, von dem man hörte, daß es Malte sei, einen Spaziergang auf der Dorfstraße und sprach dabei sehr ernst mit ihnen. Dann trat er in die Ferne, wo die Wirtshäuser den Weg gebildet hatte und ein Frühstück aufgetragen wurde.

Aus dem Stadtfreie.

Der kleine Taschenrechner ist heute für unsere...
Das Anklage Verklündungsblatt Nr. 43...
Umsicht. Um entstandene Zweifel über...
An der Techn. Hochschule. Aus dem...

Veranstaltungen, Vereine und Vorführungen.

Vortrag. Auf den heute abend im Rathaus...
Freiluftkonzert im Stadtpark. Die Stadt...
Gewerbeverein. In öffentlicher Monats...
Gartenstadt. Die 10. ordentliche Haupt...

Stadtsitzung vom 4. Mai 1916.

Lebensmittelversorgung. Es wird mitgeteilt...
Zubehörsausstellung. Der Hauptausch...
Fettgewinnung. Nachdem bereits in den...

Vom Rheinhausen.

Dem Hilfsdienst bei der städtischen...
Ehrengeheim. Dem Stadtarbeiter...
Ernennung von Hauptlehrerinnen. Im...

Vom Wetter.

Table with weather data: Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Subrographie vom 5. Mai 1916. Includes columns for Stationen, Wetter des letzten 24 Stunden, Wetter, etc.

war, welches der König in dem Wagen...
Das Essen soll sehr einfach...
Während des Essens durften die...

Großherzogliches Hoftheater.

Einmaliges Gastspiel von John Forcell: Don Juan.
Forcell's Don Juan ist von seinem letzten...

Theater und Musik.

Reinhardt in Holland. Mit der Vorstellung...
Generalmusikdirektor Felix von Weingaertner...

zweimal wiederholte.

Die Vorstellung... war ausverkauft...
zweimal wiederholte. Die Vorstellung... war ausverkauft...

